



Niederschrift

23. Sitzung Hauptausschuss
12. Oktober 2021, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 2 der Tagesordnung: Alkoholkonsum Werderplatz - Sachstandsbericht Vorlage: 2021/1093

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der von der Verwaltung vorgeschlagenen weiteren Vorgehensweise zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) zeigt sich erfreut über den Erfolg des Verwaltungskonzepts. Die Straftaten seien seit dem Alkoholkonsumverbot auf dem Werderplatz zurückgegangen. Es sei richtig und wichtig, alkoholkranken Menschen einen Treffpunkt anzubieten, wo sie Beratung erhielten. Ihre Fraktion sei damit einverstanden, das Alkoholkonsumverbot zunächst bis Herbst 2023 zu verlängern.

Stadträtin Melchien (SPD) erklärt, ihre Fraktion werde der vorgeschlagenen Vorgehensweise zustimmen. Dennoch sei die Situation weiterhin schwierig. Wichtig sei die Kombination. Daher müsse dieses Angebot weiterhin einen festen Platz haben. Gerade weil sich die Situation auf dem Werderplatz noch nicht gänzlich entspannt habe, müsse man weiter evaluieren und überlegen, welche Maßnahmen zielführend seien. Der vorgelegte Bericht spreche nicht für eine Ausweitung. Vielmehr sollte die bisherige Vorgehensweise beibehalten werden.

Stadtrat Hofmann (CDU) kann sich seinen beiden Vorrednerinnen anschließen. Es sei ein gutes Projekt. Es zeige sich, dass man gemeinschaftlich etwas vorangebracht habe. Richtig sei, dieses Projekt entsprechend fortzuführen und das Alkoholkonsumverbot zu verlängern. Man sei es den Bürgerinnen und Bürgern am Werderplatz schuldig. Man müsse schnellstmöglich schauen, entsprechende Räumlichkeiten zu finden, um es weiter durchführen zu können.

Stadtrat Hock (FDP) findet, dass das Projekt weitergeführt werden müsse. Jedoch müsse man sich den Bericht näher anschauen. Man müsse sich fragen, ob es ein Fehler gewesen sei, den Polizeiposten dort abzuschaffen und ob man dies nicht rückgängig machen könne. Was der KOD dort leiste, sei kein Zuckerschlecken. Für die Gewerbetreibenden dort sei es ebenfalls schwierig. Man müsse auf jeden Fall dranbleiben. Der Mietvertrag für das A³ laufe aus. Seiner Fraktion sei es wichtig, Ersatzräumlichkeiten zu finden. Das Alkoholkonsumverbot am Werderplatz müsse weiter bestehen. Auch die Kontrolldichte müsse bleiben, auch wenn man wisse, dass die Personalstärke des KOD das oftmals nicht hergebe. Seiner Fraktion sei daran gelegen, dass die Polizei personell zur Seite stehe.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) kann sich seinen Vorredner*innen anschließen. Man müsse jedoch feststellen, dass man einem gewissen Teil weder mit präventiven noch mit ordnungspolitischen Maßnahmen begegnen könne. Es stelle sich die Frage, wie man damit umgehe. Seine Fraktion werde sich heute enthalten. Wichtig sei für seine Fraktion, dass es keine permanente Maßnahme für die nächsten zwei oder drei Jahrzehnte sein könne.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) bekennt, seine Fraktion habe damals der Maßnahme nicht zugestimmt. Man habe befürchtet, dass sich die Gesamtsituation nicht wirklich verbessere, dass auch die Bewohnerinnen und Bewohner nicht das gewünschte Ergebnis sähen. Das zeige sich auch in den Stadtteiltreffen. Die Befürchtung einer Verlagerung an andere Plätze habe sich bestätigt. Er werde heute und auch in Zukunft dieser Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) bekräftigt, seine Fraktion werde der Vorlage gerne zustimmen. Die Aussage von Herrn Cramer stelle er in Frage. Der erste Effekt sei sehr positiv gewesen. Jetzt habe man eine Rückwärtswelle, die man sich nicht erklären könne. Wenn der KOD erscheine, wechselten die Leute an andere Stellen. Sobald der KOD wieder weg sei, kämen sie zurück. Es finde lediglich eine Verlagerung statt. Die Frage sei, welchen Unterschied eine Polizeistation ausmache.

Polizeipräsidentin Denner erklärt, der Polizeiposten Südstadt sei nicht weg. Er sei lediglich umgezogen und befinde sich nun in der Augartenstraße.

Man habe durchaus Erfolge feststellen können. Die großen Gruppierungen, die man vor dem Alkoholkonsumverbot am Werderplatz festgestellt habe, seien seit dem Verbot dort nicht mehr anzutreffen. Es gebe lediglich noch kleinere Gruppen, die sich am Abend dort trafen.

Der Vorsitzende schlägt vor, sich in ein, zwei Jahren darüber zu unterhalten, ob man ein Alkoholkonsumverbot über das ganze Jahr ausspreche. In der Landespolitik sei momentan Thema, wie man mit dieser Problematik umgehe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitliche Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
29. Oktober 2021